



Initiative Haushalt für alle

www.haushaltfueralle-bamberg.de

E-Mail: haushalt.fuer.alle@gmx.de

Bamberg, 28. April 2026

Stellungnahme zur Veröffentlichung der Rechnungsergebnisse 2025

Die Initiative »Haushalt für alle« kritisiert das jetzt veröffentlichte Rechnungsergebnis 2025 als Beleg für eine verfehlte Finanzpolitik der Stadt Bamberg.

Die Jahresrechnung 2025 ergibt, dass im Verwaltungshaushalt entgegen der ursprünglichen Annahmen ein Überschuss von 39,815 Millionen Euro besteht. Das zeigt: Ein strukturelles Haushaltsproblem oder gar ein finanzieller Notstand, der harte Einschnitte rechtfertigen würde, lag so nicht vor.

Auf der Einnahmenseite betrug die Gewerbesteuer 63 statt der angenommenen 43 Millionen Euro, der Einkommenssteueranteil lag bei 58 statt der geschätzten 53 Millionen Euro, über die Grunderwerbssteuer wurden 4,3 statt der prognostizierten 2,7 Millionen Euro vereinnahmt. Anstelle der geplanten Kreditaufnahme von 35 Millionen Euro konnten sogar 13 Millionen Euro übernommene Schulden ausgeglichen werden. Gleichzeitig wurden netto etwa 15 Millionen Euro in Rücklagen eingestellt.

Dennoch wurde ein harter Sparkurs durchgesetzt – mit spürbaren Kürzungen im laufenden Haushalt 2026 u. a. bei allen sogenannten freiwilligen Leistungen. Dass sich bei den für den Haushaltsentwurf gewählten Ansätzen, d. h. den prognostizierten Einnahmen der Stadt, schon seit Jahren systematisch in eine Richtung – nämlich nach unten – »verschätzt« wird, wirft erhebliche Fragen zur Haushaltsplanung und politischen Prioritätensetzung auf.

Besonders problematisch ist, dass weder der alte Stadtrat noch der neue Stadtrat darüber entscheiden kann, was mit den überschüssigen 39,815 Millionen Euro geschieht. Mit Ausnahme von rund 470.000 Euro – also etwa 1,18 Prozent – greift ein Automatismus: Die Mittel fließen vom Verwaltungshaushalt entweder in den Vermögenshaushalt oder in zweckgebundene Rücklagen. Damit sind sie dem politischen demokratischen Entscheidungswillen entzogen, der Handlungsspielraum des Stadtrats scheint stark begrenzt. Insofern trifft die Aussage des Kämmerers bei einer Infoveranstaltung in der VHS im November 2025 zu, der Stadtrat könne in Haushaltsfragen zu 98 Prozent nicht mitentscheiden.

Genau darin liegt das eigentliche politische Versäumnis: Durch die allzu konservative Haushaltsschätzung im Herbst hat sich die Stadt selbst die Möglichkeit genommen, über die Mittel frei zu verfügen. Was nun wie ein „Überschuss“ aussieht, ist nur noch sehr eingeschränkt nutzbar: Bamberg hat nicht – wie in den Social-Media-Postings unserer



Initiative Haushalt für alle

www.haushaltfueralle-bamberg.de

E-Mail: haushalt.fuer.alle@gmx.de

Initiative überspitzt dargestellt – 40 Millionen Euro „übrig“, wie es in einem privaten Haushalt der Fall wäre. Aber es gibt sehr wohl Spielräume bei den rund 470.000 Euro, die nicht automatisch gebunden sind. Diese Gelder könnten für stark gekürzte freiwillige Leistungen oder aber als Bürgerbudget verwendet werden. Dafür müsste der Stadtrat entscheiden, dass der Betrag nicht für die Haushaltsausgleichsrücklage 2027 zurückgehalten, sondern als freie Rücklage deklariert wird. Dann könnte das Gremium unterjährig drauf zugreifen und beispielsweise einschneidende Kürzungen in den Bereichen Klimaschutz, Jugendarbeit und der Freien Kultur ausgleichen.

(Selbst-)Kritisch zu überdenken ist außerdem, dass einige der gebildeten zweckgebundenen Rücklagen über Jahre hinweg nicht abgerufen werden. Ein Beispiel ist diejenige für Photovoltaikanlagen, die seit drei Jahren nicht genutzt wird. Solche schlummernden Rücklagen könnte der Stadtrat identifizieren und auflösen bzw. umwidmen, damit die Mittel für andere, tatsächlich realisierbare Vorhaben zur Verfügung stehen.

Heute steht Bamberg mit lediglich rund 32 Millionen Euro Schulden im Kernhaushalt da – etwa 390 Euro pro Einwohner:in. Das entspricht nur etwa einem Viertel des bayerischen Durchschnitts. Diese vergleichsweise komfortable Lage wird jedoch nicht genutzt, um notwendige Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu stärken, eigentlich bereits beschlossene soziale, ökologische, kulturelle und infrastrukturelle Maßnahmen zu realisieren oder gar sinnvolle, teils dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Die »Initiative Haushalt für alle« fordert daher ein Umdenken: Öffentliche Mittel müssen den Menschen in der Stadt zugutekommen – nicht dauerhaft geparkt oder durch übermäßige Sparpolitik dem Gemeinwohl entzogen werden. Bamberg kann sich durch vorsichtige, aber realistischere Haushaltsansätze Investitionen und eine Stärkung des laufenden Haushalts leisten. Es ist Zeit, diese Spielräume auch zu nutzen!